

Corona offenbart, wo es im Land hakt

Pandemie: „Streit über Impfreihenfolge“ und „Von Helden und Versprechen“, FR-Politik vom 10.3. und -Meinung vom 11.3.

Zweiklassenmedizin darf nicht vertieft werden

Es ist sicher richtig, schon drüber nachzudenken, wie man das Impfen besser organisieren kann, wenn der Impfstoff erst mal in ausreichender Menge vorhanden ist. Solange er allerdings noch ein so knappes Gut ist, sollte man sich davor hüten, diesen Schritt auch wirklich zu gehen. Hausärzte könnten wohl viel weniger den Impfdrängern widerstehen. Mir fallen spontan Privatpatienten ein.

Die Zweiklassenmedizin darf sich nicht noch mehr vertiefen. Solange die bisherigen Stellen wegen Vakzinmangels nicht ausgelastet sind, sollte man es bei diesen belassen.

Detlef Bühler, Frankfurt

Jeder möchte etwas vom Kuchen abhaben

Seit Monaten wird ein grandioses Staatsversagen offenbar; denn seit Dezember 2020 hören wir, dass möglichst schnell alle Bürger geimpft werden sollen, da immer mehr Mitmenschen sterben. Impfzentren werden aus dem Boden gestampft, Helfer rekrutiert, nur leider fehlt der Impfstoff. Trotzdem werden weitere Hoffnungen geweckt, Impfreihenfolgen beschlossen und wieder geändert, doch Impftermine sind schwer oder gar nicht zu bekommen, weil weiter der Impfstoff fehlt.

In vielen Arztpraxen muss man schon heute für banale Behandlungen oft stundenlang warten, und jetzt sollen in diesen ohnehin völlig überlaufenen Hausarztpraxen auch noch zusätzlich Tausende geimpft werden? Dort herrscht doch bereits Stau! Deshalb dürfte keiner der überlasteten, vollberuflich tätigen Kollegen zusätzlich in den Impfzentren zu finden sein, oder? Ich bin Rentner und habe mich als Impfarzt beworben, doch man braucht mich dort erstaunlicherweise nicht. Es steht schon genügend Personal bereit.

Wir erleben völlig überforderte Parteipolitiker, die immer wieder beraten und sich beraten lassen und jetzt einem offensichtlich erfolgreichen Manöver des Hausärztesverbandes, auch an den Geldtopf zu kommen, zum Erfolg verholfen haben. Jeder möchte etwas vom Kuchen,

wie wir das leider sogar bei unseren bestens bezahlten „Volksvertretern“ erleben!

Dr. Helge Scheibe, Bad Krozingen

Die Pandemie hat viel Kreativität freigesetzt

Corona belastet und fordert alle. Aber wenn man den Blick mal etwas schärft, findet man auch Positives zur Corona-Situation. Wir würden uns freuen, wenn die FR sich mal auf die Suche machen würde danach, was von einigen oder vielen als gut empfunden wird, wie z. B.: Muße und Zeit zu haben für Korrespondenz mit Freunden; ausgiebige Spaziergänge; intensivere Lektüre von Büchern, Zeitungen und Webseiten..

Natürlich hängt das sehr ab von der persönlichen Situation, ob man rotiert zwischen Homeoffice und Betreuung der Kinder im Homeschooling oder ob man das Privileg hat, abgesichert zu sein und sich primär um sich selbst kümmern zu dürfen. Gleichwohl fänden wir es schön, die Leser nach dem zu fragen, was sie als positiv empfinden, um den täglichen belastenden Nachrichten mal etwas entgegenzusetzen.

Für mich persönlich zählt dazu auch das große Maß an Kreativität, das die Situation bei vielen freisetzt und die bisherige zaghafte Ansätze massiv gepusht hat, wie u. a.: ein hochklassiges, virtuelles Tanztheater in Räumen und an Plätzen, die mit Publikum nie in Frage gekommen wären (Parkhaus etc.) u. v. m.; virtuelles Fitnesstraining; virtuelle Tanzparties mit DJ und Remotetanz an verschiedenen Orten; virtuelle Arztkontakte (?) und speziell neue Softwaresysteme für diese und andere Zwecke wie Zoom, Jitsi usw. naklar.io, eine Plattform für Remote-Unterstützung von Schülern bei Bedarf Padlet (virtuelle Pinwand) usw.

Bernfried Kleinsorge, Egelsbach

Der Föderalismus ist reformbedürftig

Die Schwierigkeiten in der Abstimmung zwischen Ländern und Bund, die zeitweiligen Alleingänge offenbaren den Reformbedarf des Föderalismus. Die MinisterpräsidentInnen-Runde mit der Kanzlerin zeigt es auf. Die Pandemie hält fest, dass Parteipolitik und Län-

derdenken sowie Individualitäten beim methodischen Umgang der fachlichen Vorgaben kein Hemmschuh sein dürfen. Ein weltweit agierender Virus lässt sich weder an der Saar noch vor den Toren Hamburgs stoppen.

Die Gesundheitspolitik muss stärkere bestimmende Bundesakzente setzen. Die Kleinstaaterei sollte auch in der Sicherheitspolitik in ein Ganzes münden, wie traurige Beispiele wie das des Umgangs mit dem Attentäter von Berlin zeigen.

Karl-Ludwig Kreuzburg, Wetzlar

Spahn und Scheuer, zwei wahre Heilsbringer

Nach Monaten der politischen Corona-Stümperei ging ein geradezu hörbares Aufatmen durchs Volk, als bekannt wurde, dass eine „Taskforce Testlogistik“ eingesetzt und von Jens Spahn und Andi Scheuer geleitet wird. Das weckt große Hoffnungen auf den ersehnten Durchbruch beim Kampf gegen die Seuche. Vereinzelt gibt es zwar Zweifel an der Expertise der Hoffnungsträger. So meinte ein Spötter: Zwei Böcke übernehmen das Regiment in der Gärtnerei.

Die Skeptiker seien darauf hingewiesen, dass es in den verschiedensten Verantwortungsbereichen etliche Beispiele dafür gibt, wie sich eine spezifische personelle Qualifikation Aufgaben und Zuständigkeiten zuordnen lässt, auch wenn dies zunächst nicht schlüssig erscheint. So wurde kürzlich bekannt, dass der Vorsitzende der Metzgerinnung für vegetarische Ernährung wirbt. Verschiedentlich werden automobiler PS-Protzer mit der Verkehrsüberwachung in Innenstädten beauftragt. Die Magersucht-Propagandistin Heidi Klum wurde Schirmherrin der Adipositas-Stiftung. Schäferhunde werden zur Bewachung von Wurstvorräten eingesetzt. Karl Lauterbach hat eine Selbsthilfegruppe für Talkshow-Teilnahmesüchtige initiiert.

Auch wenn es vereinzelt Skepsis hinsichtlich der Erfolgchancen des quirligen Duos geben sollte, ist eines unbestritten: Frisch im Amt haben Jens und Andi sofort dafür gesorgt, dass es Schnelltests bei Aldi gibt. So agieren wahre Heilsbringer.

Rainer Pitsch, Heidelberg

Diskussion: frblog.de/pandemie



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210315.

Schutz und Pflege von Insekten – dafür etwas zu tun ist ein Wunsch, der viele Menschen bewegt, denn die Zahl der Insekten sinkt gefährlich. Bronski baut daher seinen Garten um. Kräuter, heimische Blühpflanzen, Insektenhotels – es gibt viel zu tun. Lesen Sie hier: frblog.de/homeoffice-371

Ein Gefühl der Unsicherheit

Başay-Yıldız: „SPD nennt Beuths Verhalten ‚schäbig‘“, FR-Hessen vom 12.3.

Das Gewaltmonopol des Staates bedeutet, dass einzig der Staat berechtigt ist, Gewalt auszuüben. Dem Verzicht auf Gewalt ausübung durch einzelne Individuen, so denke ich, steht die Gewissheit gegenüber, im Falle einer Bedrohung vom Staat geschützt zu werden.

So weit, so gut. Wie steht es nun aber im Falle der Anwältin Başay-Yıldız, die vom „NSU 2.0“ bedroht wird? Ihre Daten wurden an die Terroristen durch diejenige Institution weitergegeben, die sie eigentlich schützen sollte: die hessische Polizei. Und eben jener Staat, der für sich das Gewaltmonopol reklamiert, bekommt trotz Einsatz eines „Sonderermittlers“, der zusammen mit seinem Team „auf Hochtouren“ arbeitet, die Herkunft von inzwischen 107 (!) Drohmails einfach nicht heraus und verweigert auch noch die Kostenübernahme für Schutzmaßnahmen.

Unfähigkeit oder Unwille? Beides müsste eigentlich zur Entlassung führen, und zwar nicht nur des Sonderermittler-Teams, sondern auch des politischen Verantwortlichen, Ministerpräsident Bouffier. Vergessen wir nicht: Bouffier hat als damaliger Innenminister bereits beim Mord an Halit Yozgat und der Deckung des „Verfassungsschützers“ Andreas Temme eine mehr als zwielichtige Rolle gespielt. Kann man sich in diesem Staat noch sicher fühlen, wenn man nicht der weißen, in der schwammigen „Mitte“ vor sich hin dösenden Bevölkerungsmehrheit angehört? Mir wird schlecht, wenn ich darüber nachdenke.

Marianne Friemelt, Frankfurt

Rechte Wende von „Bild“

Kolumne: „Geistige Unruhestiftung“, FR-Meinung vom 9. März

Es ist Michael Herl zu danken, dass er auf die rechtspopulistische Wende der Bild-Zeitung aufmerksam macht. Eine Vertiefung dieses brisanten Themas findet sich im Artikel von Albrecht von Lucke in der März-Ausgabe der „Blätter für deutsche und internationale Politik“, in dem er auch auf das neueste TV-Projekt des Hauses Springer aufmerksam macht.

Ingeborg Gerlach, Braunschweig

Möge der Verfassungsschutz sich ein reales Bild machen

Endlich mal wieder ein Herl mit eiskalter Analyse und glühendem Atem wie in früheren Tagen. Nur: Wer liest das schon? Die Ein-Euro-Typen bestimmen nicht, und die FR-Leser gehören nicht zu diesen Verdrossenen. Möge daher Herls Ahnung wahr werden, dass der Verfassungsschutz (zumindest die paar Vernünftigen darin) sich bald ein reales „Bild“ macht. Heidemarie Hanschmidt, Günter Keil, Berlin

Sittenwidrige Verträge sind nichtig

Gastbeitrag zum Thema Tierwohl: „Fleischsteuer? Bitte nicht so kompliziert!“, FR-Meinung vom 8. März

Eine Lösungsmöglichkeit wird nirgendwo thematisiert, nämlich die Beschneidung der Gewinne der Großschlächter und Handelsketten. Müssen Aldi, Tönnies & Co Milliardäre sein?

Gemäß dem guten alten Bürgerlichen Gesetzbuch, das bei jedem Normalbürger angewendet wird, sind Verträge, wie sie zwischen den Erzeugern und Handelsketten abgeschlossen werden, sittenwidrig und daher nichtig, da auf erpresserische

Weise die Notlage auf der einen Seite, nämlich der Bauern, ausgenutzt wird. Denn wegen ihrer Marktmacht sind ein Großteil der Bauern gezwungen, an diese Großabnehmer zu liefern, und zwar zu jedem Preis. Wenn die Bauern Forderungen stellen, suchen sich die Großabnehmer einen anderen.

Das Ganze hat System: „Der Steuerzahler“, nämlich wir alle, finanzieren schon die unberechtigten Gewinne, die die Arbeit-

geber durch Dumpinglöhne erzielen, mit der Aufstockung dieser Löhne. Seit nicht so langer Zeit müssen Mindestlöhne gezahlt werden. Wir finanzieren ebenso teilweise die überhöhten Mieten durch Wohngeld. Hier behilft man sich mit dem Mietendeckel. Gleiches muss beim Tierwohl geschehen. Verträge, bei denen der Preis für das Erzeugnis nicht angemessen über dem Herstellerpreis liegt, sind nichtig. Barbara Siebert, Kerpen

FR ERLEBEN

Pitt von Bebenburg moderiert die digitale Diskussion „Komunalwahl in Hessen. Ergebnisse und Perspektiven“ der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen mit dem Soziologen Philipp Scherer und dem hessischen Grünen-Landesvorsitzenden Philip Krämer.
Unter boell-hessen.de/youtube
Mittwoch, 25. März, 19 Uhr